



Rechtsausschuß

40. Sitzung (nicht öffentlich)

12. Mai 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Gunther Sieg (SPD)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Begrüßung des neuen Justizministers Jochen Dieckmann durch den Ausschußvorsitzenden und kurze Erläuterung Minister Dieckmanns zu den Schwerpunkten und Zielen seiner Arbeit.

1 Kindesmißbrauch und Kinderpornographie müssen als Verbrechen geächtet, effektiver verfolgt und wirksam bestraft werden

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3404 und 12/3848

Zuschriften 12/2611, 12/2616, 12/2617, 12/2618,
12/2619, 12/2621, 12/2622, 12/2623
12/2627, 12/2630, 12/2634 und 12/2656

Vorlagen 12/2385, 12/2418, 12/2652 und 12/2653

Ausschußprotokoll 12/1125

1

Der Ausschuß verzichtet auf eine Stellungnahme an den federführenden
Hauptausschuß.

2 Maßregelvollzugsgesetz - MRVG -

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3728

Zuschriften 12/2805, 12/2806, 12/2807, 12/2822, 12/2824, 12/2829,
12/2830, 12/2831, 12/2832, 12/2833, 12/2839, 12/2842,
12/2849, 12/2851, 12/2856, 12/2872, 12/2873, 12/2874,
12/2876, 12/2879, 12/2880, 12/2885, 12/2900, 12/2948

Vorlagen 12/2671 und 12/2699

Ausschußprotokoll 12/1206

2

Der Ausschuß gibt keine Stellungnahme ab.

3 Situation der Bewährungshelfer/innen in Nordrhein-Westfalen

3

- Bericht des Staatssekretärs

- Diskussion

4 Verschiedenes**hier: Termin der nächsten Sitzung**

6

Auf Bitten der CDU-Fraktion wird die nächste Ausschußsitzung im Einverständnis aller Fraktionen nicht am 11. August stattfinden, da dieser Termin mit einer Klausurtagung der CDU-Fraktion kollidiert.

und Familie, den Ausschuß für Frauenpolitik und den Rechtsausschuß überwiesen. Am 21. Januar 1999 hat der federführende Hauptausschuß zu dem Thema eine Anhörung durchgeführt, zu der die Mitglieder des Rechtsausschusses nachrichtlich eingeladen waren.

Mit Schreiben vom 26. Februar 1999 hat der Hauptausschuß mitgeteilt, daß er beabsichtige, in seiner Sitzung am 20. Mai 1999 über den Antrag abschließend zu beraten und abzustimmen.)

Robert Krumbein (SPD) plädiert dafür, keine Stellungnahme abzugeben, da zum einen, gerade was den rechtspolitischen Teil des Antrages betreffe, die Forderungen durch mittlerweile im Bundesrat erfolgte Entscheidungen unter Mitwirkung Nordrhein-Westfalens erledigt seien. Zum anderen arbeiteten die Koalitionsfraktionen für die Sitzung des Hauptausschusses noch an einem Entschließungsantrag, so daß es sich anböte, die abschließende Erörterung diesem Gremium zu überlassen in der Hoffnung, zu einer gemeinsamen Beschlußfassung aller Fraktionen zu gelangen.

Rainer Lux (CDU) befürwortet diese Absicht und unterstützt damit die Stellungnahme des Ausschusses für Frauenpolitik, im Hauptausschuß einen von allen Fraktionen getragenen Antragstext zustande zu bringen. - **Maria Theresia Opladen (CDU)** schließt sich für die gesamte CDU-Fraktion diesem Vorschlag an.

Roland Appel (GRÜNE) stimmt dem Verfahren ebenfalls zu.

Der Ausschuß verzichtet auf eine Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuß.

2 Maßregelvollzugsgesetz - MRVG -

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3728

Zuschriften 12/2805, 12/2806, 12/2807, 12/2822, 12/2824, 12/2829,
12/2830, 12/2831, 12/2832, 12/2833, 12/2839, 12/2842,
12/2849, 12/2851, 12/2856, 12/2872, 12/2873, 12/2874,
12/2876, 12/2879, 12/2880, 12/2885, 12/2900, 12/2948

Vorlagen 12/2671 und 12/2699

Ausschußprotokoll 12/1206

(Der Landtag hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 11. März 1999 an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales federführend sowie mitberatend an den Ausschuß für Ver-

waltungsstrukturreform, den Ausschuß für Kommunalpolitik und den Rechtsausschuß überwiesen. Der federführende Ausschuß hat am 21. April 1999 zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchgeführt.)

Robert Krumbein (SPD) teilt mit, die Koalitionsfraktionen hätten sich bemüht, die Ergebnisse der erst vor kurzem durchgeführten Anhörung in Vorschläge umzusetzen, doch habe die Zeit noch nicht gereicht, diese Vorschläge in den Fraktionen zu unterbreiten, was eine Schlußabstimmung heute unmöglich mache. Um aber das Verfahren - der Landtag beabsichtige, den Gesetzentwurf bereits im Juni zu verabschieden - nicht aufzuhalten, empfehle er, an den federführenden Ausschuß keine Stellungnahme abzugeben und ihm die ausführliche Beratung zu überlassen. - **Maria Theresia Opladen (CDU)** und **Roland Appel (GRÜNE)** schließen sich für die Fraktionen von **CDU** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** dem hier aufgezeigten Weg an.

Der Ausschuß gibt keine Stellungnahme ab.

3 Situation der Bewährungshelfer/innen in Nordrhein-Westfalen

(Die CDU-Fraktion hat die Behandlung dieses Punktes mit Schreiben vom 5. Mai 1999 beantragt.)

StS Dr. Ritter (JM) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn man etwas zur Situation der Bewährungshilfe sagen will, muß man etwas zur Belastungssituation sagen. Von daher erlauben Sie mir bitte, mich darauf - auch weil es im Augenblick aktuell ist - zu konzentrieren.

Wenn man von der zugewiesenen Stellenzahl von insgesamt 630 auf der einen und der Zahl der zu betreuenden Probanden sowohl nach dem Dienst- als auch nach dem allgemeinen Register ausgeht, ergibt sich ein kontinuierlicher Anstieg der Belastung der Bewährungshelfer landesweit seit 1993. 1993 betrug die Relation 1:61,5, am 1.1.1999 1:67,3.

Um der besonderen Belastungssituation in der Bewährungshilfe Rechnung zu tragen, sind die Stellen für die Bewährungshelfer von der 15- bzw. jetzt 12monatigen Stellenbesetzungssperre ausgenommen worden.

Darüber hinaus ist in einer von mir selbst geleiteten Besprechung mit den Gerichtspräsidenten Einvernehmen insofern erzielt worden, als wir den Abbau der zu erbringenden kw-Stellen nicht in der Bewährungshilfe, sondern anderweitig vornehmen.